

Aufstocker: Staat zahlt jährlich 1,5 Milliarden Euro für Niedriglöhne im Handel

Von *Yasmin El-Sharif*

Die Lohnpolitik des Einzelhandels wird vom Staat kräftig gefördert: Jedes Jahr fließen nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen 1,5 Milliarden Euro an Beschäftigte des Handels, deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Jeder Fünfte verdient weniger als 8,50 Euro in der Stunde.

Hamburg - Meist weiblich, immer häufiger unsicher beschäftigt und oft abhängig von staatlichen Zuschüssen - so sieht der typische Arbeitnehmer im Einzelhandel im Jahr 2013 aus. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag hervor. Die Antwort liegt SPIEGEL ONLINE vor.

Inzwischen arbeitet demnach jeder dritte der rund 3,2 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel zu einem Lohn unter zehn Euro die Stunde, jeder fünfte erhielt den verfügbaren Daten aus dem Jahr 2010 zufolge sogar weniger als 8,50 Euro. Die Folge: Viele dieser Löhne müssen aufgestockt werden. Nach Angaben der Bundesregierung gibt der Staat jährlich rund 1,5 Milliarden Euro an ergänzendem Hartz IV für Aufstocker des gesamten Handels aus - drei Viertel der Bezieher arbeiten im Einzelhandel. So mussten im Juni vergangenen Jahres die Einkommen von rund 130.000 Beschäftigten des Einzelhandels auf ein existenzsicherndes Niveau aufgestockt werden.

Die Zahlen haben Sprengkraft, vor allem vor dem Hintergrund, dass Anfang des Jahres die Arbeitgeber in fast allen Bundesländern den **Manteltarif im Einzelhandel aufgekündigt hatten**. Wie schwierig abgesicherte Arbeitsbedingungen im Handel durchzusetzen sind, zeigte zuletzt auch das Beispiel Karstadt. Der Kaufhauskonzern war **komplett aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen**, weil er tarifliche Lohnerhöhungen nicht mehr mittragen will.

Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, sieht politischen Handlungsbedarf. "Es ist nicht hinnehmbar, dass auf Kosten der Beschäftigten und der Gemeinschaft Niedriglöhne mit Steuergeldern in Milliardenhöhe aufgestockt und so Gewinne von Unternehmen subventioniert werden, die auf Lohndumping setzen." Zimmermann plädiert für einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Einschränkung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs und Leiharbeit.

Rapider Rückgang von Vollzeitstellen

Aus der Antwort der Bundesregierung geht im Detail hervor, wie sehr sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen im Einzelhandel abnehmen und dafür von Gewerkschaften als prekär oder atypisch bezeichnete Stellen zunehmen. Darunter fallen **Beschäftigte in befristeten Jobs, in Teilzeit mit weniger als 20 Stunden oder Minijobs**. So fielen im Jahr 2011 - neuere Zahlen liegen nicht vor - fast 40 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel in diese Kategorie. Im Jahr 2000 waren es noch 31 Prozent. Am stärksten nahmen die Befristungen zu - sie legten um zwei Drittel zu. Normalerweise zählt auch die Leiharbeit zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen, für sie liegen aber keine gesonderten Daten für den Einzelhandel vor.

Autor: Daniel Baumann»P
Seite: 09
Ressort: Wirtschaft
Gattung: Tageszeitung
Weblink: www.berliner-zeitung.de

Jahrgang: 2013
Nummer: 140
Auflage: 150.215 (gedruckt) 129.780 (verkauft)
 130.636 (verbreitet)
Reichweite: 0,42 (in Mio.)

Eine Million Millionäre Nie gab es in Deutschland mehr Reiche. Bundesbank spricht von ausgeprägter Vermögensungleichheit

Eine Villa, ein Sportwagen, eine Kunstsammlung mit erlesenen Werken. Wer vermögend ist, kann sich mit vielen Dingen umgeben, die das Leben angenehm machen, und hat meist trotzdem noch ordentlich Geld angespart. Von diesen Menschen gibt es weltweit und in Deutschland so viele wie nie zuvor, wie eine am Dienstag veröffentlichte Untersuchung des Beratungsunternehmens Capgemini ergeben hat. Mehr als eine Million Menschen verfügte 2012 hierzulande demnach über ein Geldvermögen von über einer Million amerikanische Dollar (749600 Euro). Weltweit sei erstmals die Schwelle von zwölf Millionen Menschen überschritten worden.

Anstengungslose Vermehrung

Die Reichen haben ihr Geld zum Beispiel in Aktien, in festverzinslichen Wertpapieren wie Staatsanleihen oder in Immobilien angelegt, die vermietet werden. Jeder dieser drei Bereiche hat sich im vergangenen Jahr zugunsten der Geldanleger entwickelt. Klaus Georg Meyer, Leiter des Bankenbereichs bei Capgemini in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sieht darin den Treiber für das globale Vermögenswachstum. Insbesondere Aktien erlebten im zweiten Halbjahr einen starken Wertzuwachs.

Die Vermögenden haben ihr Geldvermögen also im vergangenen Jahr quasi anstrengungslos vermehrt. Es soll um zehn Prozent auf insgesamt 46,2 Billionen US-Dollar gestiegen sein. Eine Million Menschen ist laut Capgemini zu dem exklusiven Kreis der Personen hin-

zugestoßen, die über eine Million Geldvermögen haben.

Nordamerika löste die Asien-Pazifik-Region wieder als Raum mit den meisten Reichen ab. "Man kann davon ausgehen, dass Nordamerika seine führende Position bei der Anzahl der Reichen und deren Vermögen zukünftig wieder an die Asien-Pazifik-Region verliert", erläuterte aber Jean Lassignardie von Capgemini. Grund sei der rapide wachsende Wohlstand in wirtschaftlich aufstrebenden Ländern wie China, Indien, Südkorea oder Vietnam. Das angelegte Vermögen der reichsten Deutschen stieg der Untersuchung zufolge um 7,7 Prozent auf 3,7 Billionen US-Dollar. Es verteilte sich auf etwas mehr als eine Million Menschen. Dabei hätten die Vermögenden ihr Geld vor allem vorsichtig angelegt und würden auch weiterhin auf die Vermögenssicherung setzen. Fast 30 Prozent des Vermögens habe aus Bargeld und Bankeinlagen bestanden. Trotzdem sollen ihre Vermögen in den nächsten drei Jahren weiter wachsen, das Wachstum soll sich sogar beschleunigen.

Wenn sich die Wirtschaft erhole und die Anleger mutiger würden, werde das Vermögen der Reichen in den kommenden drei Jahren im Schnitt um 6,5 Prozent wachsen. In den vergangenen fünf Jahren, seit der Finanzkrise, lag das jährliche Wachstum bei 2,6 Prozent. Während es in Deutschland immer mehr Reiche gibt, kann der Rest der Bevölkerung nur von einem Geldvermögen von einer Million US-Dollar träumen. Die privaten Haushalte (nicht Einzelpersonen!) verfügen laut Bundesbank im

Schnitt über ein Netto-Vermögen von 195000 Euro. Jedoch liegt der Median, das heißt der Wert, der die Haushalte in eine reichere und eine ärmere Hälfte teilt, deutlich niedriger. Der Median des Nettovermögens erreichte 51 400 Euro je Haushalt. Im internationalen Vergleich ist das niedrig, unter anderem weil die Haushalte in Deutschland relativ klein sind und weil aufgebaute Rentenansprüche nicht berücksichtigt sind. Zudem gibt es anders als im Ausland weniger Immobilienbesitzer.

Doch zeigen die Zahlen auch, dass das Vermögen in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt ist. Das Vermögen von 73 Prozent der deutschen Haushalte liegt unter den Durchschnitt. Die Bundesbank stellt eine "ausgeprägte Vermögensungleichheit" fest. Das hängt vor allem damit zusammen, dass Reiche immer noch reicher werden. Wer Geld anlegen kann, vermehrt es schneller, als jemand, der arbeiten muss.

Ein Blick auf die Einkommen zeigt: Nur 0,1 bis 0,5 Prozent der Deutschen haben sehr hohe Einkommen. Sie speisen sich vor allem aus Kapitalanlagen. Dahinter folgen bereits die Menschen, die ihr Einkommen vor allem mit Arbeit erwirtschaften. Zu den Vielverdienern, dem Zehntel mit den höchsten Einkommen, zählen laut Institut der Deutschen Wirtschaft schon Singles mit 3009 Euro netto pro Monat. Davon lässt sich gut leben, aber schwerreich wird man damit nicht.

Wörter: 605
Urheberinformation: Berliner Zeitung

Einnahmen weggekürzt

Auf Einnahmen verzichten, obwohl die öffentlichen Haushalte hoch verschuldet sind? Man glaubt es kaum, aber genau das passiert in Europa. Die blindwütige Kürzungspolitik macht vor nichts halt. Nicht einmal vor Steuerbehörden, obwohl Steuerfahnder und Betriebsprüferinnen ein Mehrfaches dessen einbringen, was sie an Gehältern bekommen.

Der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst, EGÖD, hat herausgefunden, dass in fast allen Ländern Europas die Steuerbehörden ausgedünnt werden. Ausnahmen sind nur Luxemburg, Spanien, Zypern und Polen. 17 Prozent weniger Personal zwischen 2007 und 2011 in Lettland und Litauen,

in Irland 13 Prozent, Portugal minus zwölf, Griechenland minus sechs Prozent. Auch in Deutschland kürzen sich die Behörden weiter die Einnahmen weg, obwohl bereits rund 11.000 Beschäftigte fehlen – gemessen an den offiziellen Personalbedarfszahlen der Arbeitgeber.

Von laxer Steuerprüfung profitieren nur diejenigen, die Einnahmen vor dem Fiskus verstecken können. Das gilt nicht für Beschäftigte: Beim Lohn wird die Steuer direkt vom Arbeitgeber abgezogen. Personalkürzung bei den Steuerbehörden ist nichts anderes als Reichtumpflege. Wer ernst machen will mit der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung, darf beim Personal nicht sparen!



Einnahmequellen weggekürzt

Beschäftigungsabbau bei Steuerbehörden zwischen 2007 und 2011, in Prozent

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

